



GEMEINDE NIEDERNBERG

MITTEILUNGSVORLAGE

083/2026

Federführung:	Geschäftsleitung	Datum:	13.10.2026
Bearbeiter:	Marion Debes	EAPL:	860-01

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Gemeinderat	20.10.2026	öffentlich

Wärmeplanung, Forschungsprojekt "Plan zur Wende"

Mitteilung:

Wende im gewachsenen Quartier: Die Umsetzung von Wärmenetzen in Ortskernen ländlich geprägter Kommunen

Die Technische Hochschule Aschaffenburg und die BfT Energieberatungs GmbH beabsichtigen gemeinsam mit den drei Kommunen – Bad Orb, Eschau und Niedernberg –, einen Förderantrag für ein Forschungsprojekt zur Umsetzung von Wärmenetzen in gewachsenen Ortskernen ländlich geprägter Kommunen zu stellen.

Ziel des Projektes ist es, die konkrete Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung zu unterstützen und dabei insbesondere zu untersuchen, welche technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Herausforderungen bei der Realisierung von Wärmenetzen in bestehenden Ortskernen auftreten. Hierzu sollen unter anderem Machbarkeitsuntersuchungen durchgeführt, mögliche Wärmenetzgebiete betrachtet sowie alternative nachhaltige Wärmeversorgungslösungen für Bereiche entwickelt werden.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist die Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger. Geplant sind Informationsveranstaltungen sowie individuelle Beratungen zu den Möglichkeiten eines Wärmenetzanschlusses. Die Technische Hochschule übernimmt hierbei eine neutrale Rolle. Die Kommunen werden bei der Kommunikation unterstützt.

Für die drei beteiligten Kommunen ist besonders wichtig: Die erforderlichen fachlichen Arbeiten werden im Rahmen des Forschungsprojektes durch die BfT Energieberatungs GmbH und die Technische Hochschule Aschaffenburg übernommen. Für die Kommunen entsteht daher zunächst kein nennenswerter eigener Arbeitsaufwand. Die konkrete Einbindung der Kommunen dient vor allem dazu, die örtlichen Gegebenheiten und Erfahrungen in das Forschungsprojekt einfließen zu lassen und die Kommunikation zu den Bürgern zu gewährleisten.

Die Teilnahme bietet gleichzeitig einen konkreten Mehrwert: Die Kommunen erhalten Erkenntnisse aus den Untersuchungen, Machbarkeitsbetrachtungen und Beratungen sowie Zugang zu den im Projekt entwickelten Werkzeugen und Handlungsempfehlungen. Die Ergebnisse sollen anschließend auch auf andere Kommunen übertragbar sein.

Voraussetzung für die Durchführung ist die erfolgreiche Bewilligung des Förderantrags „Plan zur Wende“. Der Antrag wird bis Ende Oktober 2026 gestellt und mit einer finalen Entscheidung ist bis Ende Q1 2027 zu rechnen. Die Kosten des Projektes werden dabei vollständig über die beantragte Förderung getragen (100%ige Förderung), sodass für die beteiligten Kommunen bei erfolgreicher Förderung keine eigenen Projektkosten entstehen.